



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/120 - 26.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zum Tag der Unterzeichnung des Generalvertrages	S. 1
Sechs Wochen bis Chikago	S. 3
Bayerische Regierungskrise beendet	S. 5
Deutscher Kohlenbergbau bezahlt die Zeche	S. 7
Anhang: Internationales Frauenbüro tagte	

Der Partner, der keiner ist

P.R. "Partner, nicht Objekt", lautete die Überschrift des Leitartikels der "Amerikanischen Zeitung in Deutschland", der "Neuen Zeitung", am Tage der Unterzeichnung des Generalvertrages und der Zusatzverträge. Damit sollte offenbar der Eindruck der Gleichberechtigung vermittelt werden, die durch die neuen Verträge angeblich erzielt worden ist. Diese Gleichberechtigung ist nicht erreicht, das muss immer wieder mit aller Klarheit gesagt werden. Und sie wurde nicht erreicht, obwohl sie von den deutschen Gesprächspartnern am Beginn der Unterhandlungen vor etwa acht Monaten ausdrücklich zugesagt wurde.

Kreise, die dem Bundeskanzler politisch nahestehen, sind der Ansicht, der Kanzler werde die Unterzeichnung der Verträge wahrscheinlich als Höhepunkt seiner politischen Laufbahn feiern. Wir sind der Ansicht, dass allein die Westalliierten berechtigt wären, den Abschluss der Verträge unter diesem Gesichtspunkt zu werten - im Sinne der Äusserung vom "The Saturday Evening Post" vom 15. März 1952: "Wenn die Westmächte zur Durchführung ihrer Politik in Westdeutschland keinen Konrad Adenauer hätten, wäre es notwendig gewesen, ihn zu erfinden". Die grösste süddeutsche Zeitung schrieb dieser Tage, durch die Verträge werde die Teilung Deutschlands auf unabsehbare Zeit festgelegt. "Wie ohne eine allgemeine Katastrophe daran etwas geändert werden soll, wie die auseinandergerissenen

teile ohne einen Weltkonflikt wieder zueinander finden können, bleibt ein Geheimnis derer, die uns versichern, nur der Anschluss der Bundesrepublik an den Westen böte Aussicht auf die Vereinigung Deutschlands".

Zu dem gut ausgeklügelten System von nebensächlichen Zugeständnissen an die Deutschen und wesentlichen Vorbehalten gegenüber ihnen tritt in unlöslicher Verbindung alsbald die deutsche Verpflichtung zu einem Wehrbeitrag, der das Prinzip der deutschen Inferiorität auch auf militärischem Gebiet verankert. Es wäre nach allem, was bisher unwidersprochen bekanntgeworden ist, unbegreiflich, wenn Männer von Sachkenntnis und Urteil auf diesem Gebiet sich aus politischen Gründen dazu hergeben würden, auch in diesem Falle von Gleichberechtigung zu sprechen. Es ist vielmehr eine Regelung vorgesehen, die einen Teil Deutschlands gegen die Macht aufrufen soll, in deren Bereich der andere Teil Deutschlands liegt. Dass das zum Zwecke der Verteidigung geschieht, ist eine Frage für sich. Es ist eine Regelung vorgesehen, die unerhörte Lasten bringt, ohne dass dadurch irgendeine nennenswerte Entlastung des besonderen Risikos der deutschen Situation eintritt.

Als Mr. Acheson auf dem Flugplatz in Wahn ankam, schritt er auf einem hellblauen Teppich zu seinem Wagen, und im Bundesratssaal, wo die Unterzeichnung stattfand, wurde das Parkett viermal abgezogen und zweifarbig neu gebohrt. Vielleicht gehört das, und Vieles mehr, von dem wir in diesen Tagen hörten, zu einem guten Protokoll. Mit einem guten Vertrag hat es jedenfalls nichts zu tun. Mit Flaggenschmuck, einem schulfreien Tag mit würdigenden Ansprachen der Lehrer und sogar mit einem Fackelzug sollte das Ereignis festlich begangen werden. Von alledem ist kaum etwas übrig geblieben. Einige Länderregierungen haben sich mit vollem Recht gesperrt, entsprechende Anordnungen des Bundesinnenministers auszuführen. Vielleicht hat man auch in letzter Minute an manchen Stellen der Bundesregierung eingesehen, wie abgeschmackt solche angeordnete Propagandafeiern wirken würden, wie wenig Verständnis die Bevölkerung für diese Form der Selbstverherrlichung einer Regierung hat, der die Vertrauensgrundlage im Volke gerade auch in diesen Fragen längst entzogen worden ist. Der politische Kampf um die Aufklärung des deutschen Volkes über die wahre Bedeutung der Verträge wird nach der Unterzeichnung erst recht in aller Schärfe einsetzen.

Sechs Wochen bis Chikago

H.S., New York, Ende Mai

Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, werden uns noch sechs Wochen von den drei Gongschlägen trennen, mit dem am Morgen des 7. Juli der grosse Republikanische Parteikonvent im "Internationalen Amphitheater", einer Messehalle, in Chikago eröffnet werden wird. Weitere zwei Wochen später wird der Konvent der Demokratischen Partei an der gleichen Stelle folgen, und dann wird in dem komplizierten, sich lang hinziehenden und überaus verwirrenden Vorgang, den die Welt als amerikanischen Präsidentenwahlkampf vorgesezt bek mmt, die entscheidende letzte Runde einsetzen. Dann erst wird man Gewissheit haben, wer die beiden offiziellen Parteikandidaten sein werden, die sich in dieser letzten Runde im Kampf um das Weisse Haus gegenüber stehen. Heute schwimmt man noch vollständig im Dunkel, und alle Pro-
phезeiehungen und Vermutungen tragen den Stempel des Rätselratens auf sich.

Es gilt als ziemlich sicher, dass von den 55 Millionen Wählern, die im November zur Wahlurne schreiten werden, etwa 22 Millionen regelmässige Wähler der Demokratischen Liste sind, ganz gleich, wer der Parteikandidat ist; etwa 18 Millionen sind ebenso feste Republikaner, - und der Rest von 15 Millionen bildet das schwankende, aber letztthin entscheidende Lager der Unabhängigen. Wenn - wie es in den letzten Wahlen stets der Fall war - auch nur die Hälfte dieser Unabhängigen demokratisch stimmt, ist damit der Wahlausfall entschieden; gelingt es aber einem besonders zugkräftigen Republikaner (oder einem besonders attraktiven republikanischen Parteiprogramm), zwei Drittel dieser Unabhängigen für sich zu mobilisieren, so wäre damit ein knapper republikanischer Sieg gesichert. General Eisenhowers Anhänger behaupten, ihr Mann, und nur er, sei imstande, genau das zu tun; demgegenüber weist Taft auf die unbestreitbare Tatsache hin, dass von den festen und regulären republikanischen Parteianhängern, Parteimitgliedern und Parteifunktionären die Mehrheit zu ihm steht. Er glaubt, wenn er die Mehrheit der Republikaner hinter sich vereinigen konnte, so werde ihm das auch mit der Mehrheit der Unabhängigen gelingen.

Es steht bei den Republikanern Behauptung gegen Behauptung, -

und der Parteitag, der sich in erster Linie fragt "mit welchem Kandidaten können wir, nach zwanzig Jahren ununterbrochener Niederlagen, endlich einmal wieder siegen?", wird keinen leichten Entschluss zu fassen haben. Überdies hat die scharfe Auseinandersetzung Taft-Eisenhower so viel gegenseitige Bitterkeit und Spannung hinterlassen, dass der Parteitag in erster Linie ein Parteitag der Einigung sein muss und in den aussenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Hauptkandidaten auf der Suche nach einer einigenden mittleren Kompromisslinie sein muss. Innenpolitisch stehen beide Männer ungefähr im gleichen Konservativen-Lager.

Die Probleme, denen sich dann vierzehn Tage später der Parteitag der Demokraten gegenüber sehen wird, sind in keiner Weise leichter, wenn sie auch ganz anders geartet sind. Die persönliche Schärfe und Bitterkeit zwischen den Fraktionen ist dort weniger stark ausgeprägt, und aussenpolitisch ist man sich dort im wesentlichen einig; dafür schwelt dort der Gegensatz zwischen Süden und Norden in vielen aussenpolitischen Fragen, von der Stellung zum Negerproblem bis zu dem grossen Gegensatz zwischen den mehr unitarisch eingestellten Nordleuten, die die Machtbefugnisse der Zentralregierung in Washington unterstützen, und dem partikularistisch-einzelstaatlich orientierten Süden, der auf den Vorrechten der einzelnen Gliedstaaten beharrt.

Bei den Republikanern liegt die Entscheidung, sofern nicht in allerletzter Minute noch ein Wunder eintritt, im wesentlichen zwischen zwei Männern, Taft und Eisenhower; bei den Demokraten aber stehen mindestens ein halbes Dutzend Anwärter alle gleichmässig in vorderster Front, und es ist absolut unmöglich, auf einen von ihnen als den wahrscheinlichen Sieger zu tippen. Niemand, die gesamte demokratische Bürokratie inbegriffen, weiss, wer schliesslich die Palme erringen wird. Diese Ungewissheit ist umso frappanter, als der demokratische Kandidat wie schon gesagt, durchaus eine gute Siegeraussicht hat und es bestimmt falsch wäre, diese seit 20 Jahren an der Macht befindliche Partei einfach abzuschreiben.

Alle diese Spannungen und Rätsel beschäftigen heute die amerikanische Öffentlichkeit von früh bis spät. Dadurch wird wichtigen sonstigen Ereignissen, in Korea und Westeuropa, nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, und vom deutschen Generalvertrag und der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" spricht kein Mensch, weil alle Augen auf die Dinge im Lande selbst gerichtet sind. Das mag falsch und tadelnswert sein, - aber man wird daran nichts ändern können, bis zum ersten Tage nach dem Wahltag im November.

Hundhammer wird kein Minister

Von unserem bayerischen K.T.-Korrespondenten

Bayerns seit Wochen andauernde Regierungskrise und innenpolitische Auseinandersetzungen um die Person des Justizministers Dr. Müller hat über das Wochenende eine überraschende Klärung erfahren. Ministerpräsident Dr. Hans Ehard hatte in einem persönlichen Brief an seinen Minister diesen gebeten, sein Amt zur Verfügung zu stellen, um einerseits weitere Zwischenfälle im Parlament zu vermeiden und andererseits dem Regierungschef die Möglichkeit zu geben, durch seinen, des Ministers freiwilligen Rücktritt, die drohende Regierungskrise und die zu erwartenden Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition zu beenden. Ging Müller aus der Landtagsdebatte, die seine empfangenen Gelder von dem im Auerbach-Prozess mitangeklagten Landesrabbiner für Bayern, Dr. Aaron Ohrenstein, zum Gegenstand hatte, noch als moralischer Sieger hervor, so gab ihm der parlamentarische Untersuchungsausschuss den Todesstoss.

Zur Debatte standen im Landtag wie im Untersuchungsausschuss die ungeklärten Fragen, welche Summen für politische Zwecke der Justizminister von Dr. Ohrenstein erhalten hat, ob er sie noch erhalten hat, als Ohrenstein bereits in der Auerbach Affäre verwickelt war und was er mit diesen Geldern getan hat. Während Müllers erbittertester politischer Gegner, sein Parteifreund Dr. Alois Hundhammer, ehemals Kultusminister und jetziger Landtagspräsident, der eigentliche Initiator der "Hetz um Müllers Sturz" von 40.000 DM sprach, erklärten Müller und Ohrenstein, dass es sich "vielleicht" nur um 20.000 oder 25.000 DM handeln könnte. Als Müller zugab, Gelder empfangen zu haben, war es besonders die Bayernpartei, die am lautesten dagegen protestierte und Müllers sofortigen Rücktritt verlangte. Nun, wer die Praktiken der Bayernpartei im "Geldempfangen" kennt - siehe Spiegelaffäre - war nicht gross überrascht, dass sie nach dem Motto "Haltet den Dieb" am lautesten schrie. Peinlich für sie, sehr peinlich, als der Ministerpräsident bekanntgab, dass auch der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Baumgartner, Gelder von Ohrenstein erhalten hat und noch peinlicher, als weiter bekannt wurde, dass Baumgartner Dr. Ohrenstein um belastendes Material gegen den Ministerpräsidenten ersucht hatte. Aber die Wogen der Erregung, von Waldegar von Knoringer als "Sturm im Dschungel bayerischer Politik" bezeichnet, legten sich.

Nun aber stellten die Koalitionspartner der Regierung an den Ministerpräsidenten die klare Forderung, die Vorgänge um Müller umgehend zu klären, falls es nicht zu einer Regierungskrise kommen sollte.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss forderte von dem als Zeugen geladenen Justizminister eine klare Antwort auf die Höhe der Summe von Ohrenstein erhaltenen Gelder. Müller schwieg. Er schwieg weiter, als man mit einer Ordnungsstrafe drohte. Er gab vor, sich nicht genau an die Summen erinnern zu können, sprach von einem Quittungsbuch, worin die Beträge verzeichnet seien und konnte trotz mehrmaligen Versuches des Ausschusses das "Büchlein" weder in seiner Privatwohnung, noch in seiner Privatkanzlei, noch in seinem Dienstzimmer im Justizpalast finden. Der Ausschuss vernahm den Geldgeber, Dr. Ohrenstein, und dieser sagte aus, dass auch er sich nicht mehr genau an die Höhe der Summen erinnern könnte und dass es möglich sei, dass er die Gelder Dr. Müller geschenkt hätte. Dieses Katz- und Mausspielen war für den Ausschuss zu viel, und als sich Müller auch am zweiten Tage weigerte, die Höhe der Geldsummen zu nennen, verurteilte er den Minister wegen Verweigerung einer Zeugenaussage zu 500 DM Geldstrafe bzw. 20 Tagen Haft, nachdem wenige Stunden zuvor einige Ausschussmitglieder verlangt hatten, den Justizminister wegen "Verdunkelungsgefahr" in "Untersuchungshaft" zu setzen.

Dieser Vorgang ist bisher einmalig in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, und als der Justizminister mit hochrotem Kopf den Sitzungssaal verlassen hatte, hatte er gleichzeitig die letzte Schlacht verloren.

Müller ist gegangen und ein neuer Mann wird an seine Stelle treten, und schon zeichnen sich neue Spannungen durch die Frage des Nachfolgers ab. In unmissverständlicher Weise hat die Landesleitung der SPD erklärt, dass sie auf keinem Fall damit einverstanden ist, dass der bisherige Kultusminister Dr. Schwalber an Müllers Stelle tritt, um Dr. Hundhammer Platz für den Posten des Kultusministers zu machen. Dr. Hundhammer ist nach wie vor für die SPD nicht koalitionsfähig und Hundhammer wird der Sieg, den er über Müller davongetragen hat, nicht so süß schmecken wie erwartet, weil die SPD nicht um einen Schritt vom vorgezeichneten Weg ihrer Koalitionsbereitschaft abweicht.

Die bayerische Innenpolitik ist durch Müllers Rücktritt wieder zur Ruhe gekommen und die Regierungskrise beendet; Der CSU aber steht noch ein harter Kampf bevor, wenn sich der Landesausschuss mit Müllers Ausschluss aus der Partei befassen wird. Denn wird Müller ausgeschlossen, dann könnte es innerhalb der CSU erneut zu einer Spaltung der Partei kommen.

Schlachtopfer zum Generalvertrag

-x. In den Zeiten der Barbarei war es üblich, bei feierlichen Anlässen Sklaven oder Kriegsgefangene als Schlachtopfer darzubringen. Die Unterzeichnung des Generalvertrages erschwert nicht nur das Schicksal der 18 Millionen Deutschen jenseits der Elbe und lässt Unklarheit über die 800.000 an der Saar; am Vorabend der Unterzeichnung mussten auch noch etwa 60.000 Bergleute des Ruhrgebietes ihre wirtschaftliche Existenz opfern, mit der endgültigen Auflösung des Deutschen Kohleverkaufs (DKV) durch die Alliierten.

Diese Auflösung hatte der Kanzler in einem Memorandum zum Schumanplan der Bundesregierung vom 14. März 1951 bereits für den 1. Juni 1951 versprochen. Die Alliierten setzten den Termin dann selbst bis zum 1. Oktober 1951 aus, da auch aus Kreisen der ausländischen Kohleverbraucher starke Bedenken gegen eine Auflösung geäußert wurden. Erst am Vortage der Unterzeichnung des Generalvertrages - am 25. Mai 1952 - verfügten die Alliierten endgültig die Auflösung. Sie besiegelten damit die Junktin (die Zwangsverbindung) des Montanunion-Vertrages mit dem Generalvertrag, das der Kanzler noch in der Schumanplan-Debatte bestritten hatte. So rundet sich das Bild von der fünfzigjährigen Übertragung der Besatzungspolitik auf die Hohe Behörde der Montanunion mit den Mitteln des Generalvertrages und der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft". Sie zeigen ihre Wirkung in dieser Auflösung des DKV; aber nicht nur darin allein.

Die deutsch-alliierten Verhandlungen um die Remontage und Ergänzung der deutschen Stahlindustrie haben sich letzthin versteift; Frankreich will seine Stahlkapazität auf 21 Mio t erhöhen und die deutsche Stahlerzeugung auf ihrem gegenwärtigen Stand festhalten. Dazu braucht es billige deutsche Kohle und die ist nur über schärfste Konkurrenz der deutschen Zechen untereinander erhältlich. Diese Art freier Wettbewerb, dem auch Prof. Erhard zustimmt, bedeutet den Raubbau in guten Zechen und die Schliessung der Randzechen; bedeutet den Fortfall eines Kosten- und Frachtausgleichs, der zuverlässigen Sortenauswahl und Verteilung nach dem Gesichtspunkt der Wärme- und Feuerertechnik und bedeutet schliesslich den Verlust der Existenz für die bereits angeführten 60.000 Bergleute neben dem Verlust hoher Investitionen in den bisherigen Randzechen.

Alle Proteste der Gewerkschaften, der parlamentarischen Opposition und auch der Industrie, alle Warnungen auch aus den Kreisen ausländischer Kohleverbraucher sind nutzlos gewesen. Politische und wirtschaftliche Interessen der Alliierten - besonders Frankreichs - und der Drang eines alten Mannes, seinen Namen unter einem verhängnisvollen internationalen Vertragswerk verewigt zu sehen, sind stärker gewesen als die Vernunft. Gegen ihn und seinen Vertrag zeugen die Opfer an Elbe und Saar und nicht zuletzt an der Ruhr.

Verantwortlich: Peter Raunau

26.5.52 Gg/Ka

Nr. 6/52

Sitzung des Büros des internationalen sozialistischen Frauenkomitees

Bei der Sitzung des Büros des internationalen sozialistischen Frauenkomitees, die am 24. und 25.5. im Hause des Parteivorstandes der SPD in Bonn stattfand, wurden die Vorbereitungen für die internationale sozialistische Frauenkonferenz, die am 14. und 15. Oktober 1952 in Mailand stattfinden wird, getroffen. Vorläufig sind 2 Hauptthemen festgesetzt worden:

1. Sozialistische Familienpolitik
2. Die Stellung der Frau in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang.

Zu diesem Thema soll ausserdem ein umfassender Bericht über die offenen und getarnten Aktivitäten des kommunistischen "demokratischen Frauenbundes" in den einzelnen Ländern vorbereitet werden.

Ausserdem wird sich die internationale Frauenkonferenz in Mailand mit den Ergebnissen einer Umfrage befassen, die der UNO-Unterausschuss für Frauenfragen über die rechtliche Stellung der Frau in den einzelnen Ländern herausgegeben hat. Das Büro war der Meinung, dass es wünschenswert wäre, wenn in allen Ländern im ehelichen Güterrecht die Leistungen der Hausfrau und Mutter ebenso gewertet würden, wie der finanzielle Beitrag des Mannes zum gemeinsamen Haushalt.

Das Büro beschloss weiterhin, auf der internationalen sozialistischen Studienwoche, die 1953 in einem der skandinavischen Länder stattfinden soll, auf Grund von Berichten, die in der Zwischenzeit von den einzelnen Ländern fertiggestellt werden sollen, besonders das Problem der erwerbstätigen verheirateten Frau und Mutter zu untersuchen.

Die sozialistischen Frauen sind der Meinung, dass unbeschadet des Rechtes der Frau auf Arbeit und der grossen Bedeutung der Frauennarbeit für das Wirtschaftsleben aller Länder, keine Mutter gezwungen sein soll, aus wirtschaftlicher Not einem Erwerb nachzugehen. Das englische Mitglied des Büros, Mary Sutherland, die als Regierungsvertreterin dem UNO-Unterausschuss für Frauenfragen angehört, berichtete ausführlich über die Arbeiten dieses Ausschusses. Die Vorschläge, die auf Grund dieser Ausschussarbeiten bisher an die betreffenden internationalen Körperschaften weitergeleitet worden sind, beziehen sich in der Hauptsache auf die politische Gleichberechtigung der Frau, auf die Ausbildungs- und Erziehungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen, auf die Frage der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit und Leistung und auf die Nationalität der verheirateten Frau.

Im Augenblick beschäftigt sich dieser Ausschuss mit einer eingehenden Untersuchung der rechtlichen Stellung der Frau in den verschiedenen Ländern. Auf Grund der Berichte, die bis Ende dieses Jahres von den Regierungen und Organisationen erwartet werden, sollen dann einheitliche Vorschläge für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau im Zivilrecht der einzelnen Länder vorbereitet werden.

Die nächste Sitzung d. Büros d. intern. soz. Frauenkomitees soll Anfang August in Belgien stattfinden.